

Weniger Rente wegen Klima



Rauchsäulen von einem Kohlekraftwerk in Deutschland in der Morgensonne: Investments von Pensionskassen oder Anlagefirmen geraten immer mehr unter Beschuss.

EPA/Julian Stratenschulte

SCHADSTOFFE Während in Paris über den Klimaschutz verhandelt wird, rückt die Rolle des Finanzmarkts in den Fokus. Die Schweiz ist besonders betroffen.

SERMİN FAKI
sermin.faki@zentralschweizamsonntag.ch

Nicht nur persönliches Verhalten wie Flugreisen und Fleischkonsum hat Einfluss auf das Klima, auch Investitionen wirken sich, beispielsweise auf den Treibstoffausstoss, aus – diese Erkenntnis setzt sich in der Finanzwelt immer mehr durch. So hat das Financial Stability Board, im dem unter anderem die Nationalbanken der G-20-Staaten vertreten sind, am Freitag die Bildung einer Task-Force für klimabezogene Finanzrisiken angekündigt. Die Gruppe unter dem Vorsitz von Multimilliardär Michael R. Bloomberg soll einen Rahmen schaffen, in dem Unternehmen die Öffentlichkeit und Investoren über klimarelevante Risiken ihrer Geschäftstätigkeit informieren.

Es drohen Rentenkürzungen

Als einer der bedeutendsten Finanzplätze der Welt ist die Schweiz in besonderem Masse von solchen Risiken betroffen. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Bundesamts für Umwelt (Bafu), die kürzlich veröffentlicht wurde. Demzufolge finanziert der Schweizer Aktienfondsmarkt heute Emissionen von gut 56,3 Millionen Tonnen CO₂ jährlich. Dies ist etwas mehr, als alle Einwohner unseres Landes im Jahr 2013 ausgestossen haben.

Die Studie hat auch isoliert die Anlagen der Pensionskassen in ausländische Aktien analysiert. Auch hier ist das Urteil überraschend: Jeder Versicherte ist via Investment seiner Pensionskasse für noch einmal so viele Emissionen verantwortlich, wie er selbst ausstösst: 6,4 Tonnen CO₂ pro Jahr. Das ist nicht nur klimaethisch problematisch, sondern vielleicht auch ökonomisch gefährlich: Wenn CO₂-Emissionen künftig mehr kosten, ergibt sich daraus ein Risiko für die Renten aus der zweiten Säule. Müssten die Pensionskassen ihre CO₂-Kosten tragen, entspräche dies im höchsten Preisszenario der Bafu-Studie rund 20 Prozent der aktuell ausbezahlten Altersrenten. Selbst im niedrigsten Szenario resultierte noch eine Rentenkürzung von 3 Prozent.

Publica prüft Anpassung

Gefährdet der Klimawandel also unsere Renten? Jein, sagt der grüne Zürcher Nationalrat Bastien Girod: «Nicht der Klimawandel, sondern falsche Investitionen in Erdöl gefährden Renditen und damit auch die Renten.»

Erste Pensionskassen haben bereits reagiert. Zum Beispiel die Stiftung Nest, bei der unter anderen die Mitarbeiter der Glasi Hergiswil versichert sind. Nest hat den Montréal Carbon Pledge unterzeichnet und sich damit verpflichtet, jedes Jahr den CO₂-Fussabdruck ihres Portfolios zu veröffentlichen. Auch die Publica, die Pensionskasse des Bundes, prüft Schritte in Richtung einer klimaverträglicheren Anlagepolitik. «Wir analysieren mögliche Auswirkungen unserer Investitionspolitik», bestätigt der stellvertretende Anlagechef Patrick Uelfeti. «Demnächst wird auch der Anlageausschuss der Publica darüber diskutieren. Sollten sich Anpassungen aufdrängen, werden diese im ersten Quartal 2016 in Angriff genommen.»

Nest, Publica und andere Beispiele stimmen das Bafu zuversichtlich, dass der Finanzplatz den Handlungsbedarf erkennt. «Die Studie soll Anreiz für Investoren sein, zu analysieren, wie gross die Kohlenstoffrisiken im eigenen Portfolio sind», sagt Projektleiterin Silvia Ruprecht. Panik sei jedoch nicht angebracht. Die Risiken seien nicht für jeden Anleger gleich gross, erklärt sie: «So kommt es bei Pensionskassen auf die Grösse an, aber auch darauf, wie das Portfolio insgesamt aussieht.» Wer beispielsweise auch in erneuerbare Energien investiert, kann das Kohlenstoffrisiko ausgleichen.

Unklarer Regulierungsbedarf

Doch wie hoch ist das Risiko, dass CO₂ wirklich teurer wird, überhaupt? Ein funktionierender Handel mit Emissionszertifikaten, der den CO₂-Ausstoss merklich verteuern würde, ist nicht in Sicht. Erst dann würden die Aktien von schadstoffintensiven Unternehmen sinken, gibt auch Grünen-Politiker Girod zu. Dass die Politik plötzlich doch schnell machen kann, habe jedoch das Beispiel Ozonloch gezeigt, warnt er. Deutlich wahrscheinlicher sind für ihn baldige Offenlegungsstandards wie vom Financial Stability Board angedacht – und Haftungsklagen von der Art, der sich derzeit der Ölkonzern Exxon Mobile gegenüber sieht. «Auch diese können zum Wertverlust von Anlagen beitragen», so Girod.

Der Bund will dennoch noch nicht regulierend eingreifen. «Wir gehen davon aus, dass die Bafu-Studie zur Sensibilisierung beiträgt und sich das Anlageverhalten anpasst», so Ruprecht.

Für Girod ist das Prinzip Hoffnung der falsche Weg. «Zu meinen, dass die bloss Information über die Studie ausreicht, ist ein Fehler», sagt er. Stattdessen müssten die in der Studie gemachten Empfehlungen umgesetzt werden. Er will daher am Montag einen Vorstoss einreichen. Girod schwebt eine Regulierungskaskade vor: Staatlichen Investoren wie der Nationalbank und den Pensionskassen der staatsnahen Betriebe soll untersagt werden, in CO₂-intensive Unternehmen zu investieren. Auch

auf systemrelevante Banken, für die der Steuerzahler hafte, könne der Bund Einfluss nehmen. «Der Privatwirtschaft sollte man hingegen vorderhand freie Hand lassen», meint Girod. Wenn das nichts nütze, solle der Bundesrat im Rahmen der Klimapolitik 2030 entspre-

chende Regulierungen andeuten. Andere Länder, gibt der Grüne zu bedenken, machten vorwärts im Kampf gegen die «Kohlenstoffblase». «Nicht zuletzt gilt es zu verhindern, dass die Schweiz international wieder an den Pranger gestellt wird.»

Zürcher Politiker besser verteilen

Die hinteren Plätze im Nationalrat sind heiss begehrt. Sie bieten Übersicht über den Saal und sind deshalb den altgedienten Mitgliedern des Parlaments vorbehalten. In der SVP hätte **Felix Müri** diesmal Anrecht auf einen Sitz in der hintersten Reihe gehabt. Doch der Luzerner zog jenen Stuhl in der Mitte vor, der durch den Rücktritt des Zürcher SVP-Urgesteins **Toni Bortoluzzi** frei geworden war. Dieser sei richtig eingessessen, meinte Müri unter Hinweis auf die Korpulenz seines Vorgängers: «Von Schwergewicht zu Schwergewicht.»

POLITAPÉRO

Schon in der zweitletzten Reihe Platz nehmen durfte **Magdalena Martullo-Blocher**. Nicht etwa wegen ihres Vaters, wird in der SVP-Fraktion beteuert, sondern weil die vielen Zürcher hätten verteilt werden müssen. Die Erklärung hinkt, Martullo wurde im Bündnerland gewählt. Böse Zungen behaupten daher, die Blocher-Tochter sei so platziert worden, um bei der Bundesratswahl **Thomas Aeschi** neben ihr auf die Finger klopfen oder **Heinz Brand** in der Reihe davor eins hinter die Ohren geben zu können.

Im Auge behalten sollte man auch den neuen FDP-Nationalrat **Benoît Genecand**. Ihm steht eine glänzende politische Karriere bevor. Dafür garantiert sein Sitznachbar **Roland Rino Büchel**. Der St. Galler SVPLer sass zuvor neben **Oskar Freysinger** und **Laurent Favre**. Beide sind heute Regierungsräte.

ANZEIGE

SCHWEIZER AUTO DES JAHRES 2016



Mit den Highlights der Oberklasse.

SCHWEIZER ILLUSTRIERTE
Das Schweizer Auto des Jahres 2016

Der neue Opel Astra mit den Innovationen der Oberklasse und Schweizer Auto des Jahres 2016: mit IntelliLux LED® Matrix Licht, Wellness-Ergonomie-Fahrsitz und dem persönlichen Online- und Service-Assistenten OnStar. Ausgezeichnet von Schweizer Illustrierte am 2. Dezember 2015. Mehr auf www.opel.ch

Der neue Astra.
Ärgert die Oberklasse.

